

Unsere 11. Beiratstagung.

In Anwesenheit sämtlicher Beiratsmitglieder sowie der Genossen Haß vom Verband der Stein- drucker und Schwaib vom Verband der Buch- drucker eröffnete Kollege Hauelsen am 12. März unsere 11. Beiratstagung. Zur Verhandlung standen nachstehende Punkte:

1. Situationsbericht.
2. Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung bei entsprechender Erhöhung der Beiträge.
3. Einführung sogenannter Pflichtbeiträge.

Nach einer kurzen Begrüßung der Erschienenen wurde sofort in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten.

In seinem Situationsbericht ging Kollege Hauelsen auf die derzeitige Wirtschaftslage näher ein. In allen Ländern Europas haben sich ähnliche Krisen- ercheinungen schon seit Jahren gezeigt, wie wir sie seit 1/2 Jahren erlebt haben. Vom Oktober 1924 bis zur gleichen Zeit des Jahres 1925 hatten wir eine gute Beschäftigung, dann setzte die gewaltige Arbeitslosigkeit ein und erst seit Ende 1926 ist eine leise Besserung zu bemerken. Niemand konnte ahnen, daß Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einen solchen Umfang annehmen würden, wie wir es sehen mußten. Diese Reinigung der Wirtschaft von weniger leistungsfähigen Unternehmungen hat zweifellos zu einer ganz wesentlichen Erholung der Wirtschaft beigetragen. Lediglich die Arbeiterschaft hat die Kosten für diese Reinigung getragen, für sie ist die Wirtschaftslage um nichts besser geworden. Das zeigt am besten die Tatsache, daß der Stand der Arbeitslosigkeit sich heute sogar noch vergrößert hat. Bedauerlich ist, daß die tatsächliche Arbeitslosenziffer nur ungenau festgestellt wird. Würde das geschehen, dann würde sich zeigen, daß die Arbeitslosigkeit sehr viel größer ist, als aus den publizierten Zahlen der amtlichen Statistik zu erkennen ist. Man redet allgemein von 2 1/2 Millionen Arbeitslosen, in Wirklichkeit werden es 3 1/2 bis 4 Millionen sein. Man täuscht die Öffentlichkeit durch die Angabe nur der Hauptunter- stützungsempfänger. Täglich aber gehen von der Zahl dieser Hauptunterstützungsempfänger einige Tausend infolge Aussteuerung ab, die der Krisen- fürsorge überwiesen werden. Daraus wird in der Öffentlichkeit fälschlicherweise ein Rück- gang der Arbeitslosigkeit gemacht. Fest- gestellt ist auch, daß sich die durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung gegen den Stand von vor 30 Jahren um 12 Jahre verlängert hat. Das bringt ein größeres Angebot an Arbeits- kräften. Auch aus den Krisen, die früher nie er- werbstätig waren, sind eine erhebliche Anzahl arbeitsfähig geworden. Unsere gewerkschaftliche Tätigkeit muß sich in Anbetracht der Tat- sache, daß der größte Teil der Arbeitslosen kaum je Aussicht hat, wieder in den Produktionsprozess ein- gereiht zu werden, darauf einstellen, eine Arbeits- zeit von weniger als 8 Stunden zur Durchführung zu bringen. Man denke dabei an Amerika, wo dieses Problem schon stark praktisch zu lösen versucht wird. Genau so notwendig ist eine Steigerung der Konsumkraft des Inlandes durch ausreichende Löhne.

Die Rationalisierung hat auch in unserem Beruf weitgehende Fortschritte gemacht und arbeit- sparende Maschinen treten in immer größerem Umfang auf. Das trifft hauptsächlich zu in der Buchbinderei und in der Kartonnagenbranche. Diese arbeitssparenden Maschinen sind allerdings nur verwendbar für größere Aufträge. Trotzdem hat ihre Verwendung zur Folge, daß der männliche Arbeiter von der Kollegin immer mehr verdrängt wird und daß auch ein wesentlicher Teil der letzteren überflüssig wird.

Der Stand der Arbeitslosigkeit in unserem Beruf zeigt zurzeit eine leichte Besserung, doch die Dauer der Arbeitslosigkeit ist immer empfindlicher geworden. An der Arbeitslosigkeit sind alle in unserem Verband zusammengeschlossenen Branchen gleichmäßig beteiligt. Die Lage auf dem Arbeits- markt ist so, daß wir auf Jahre hinaus einen sehr großen Arbeitslosenstand haben werden. Das be- dingt eine ebenso starke Befastigung der Arbeiter- schaft und eine starke Anspannung der Gewerk- schaften ist die natürliche Folge.

Auf die Finanzgestaltung unseres Ver- bandes sind alle diese Erscheinungen von großem Einfluß. Die Beitragsentnahme ist stark beschränkt worden, die notwendigen Unterstützungssummen aber sind gewaltig gestiegen, so daß die Reserven des Verbandes nur eine sehr mäßige Stärkung erfahren haben.

Weiter macht Hauelsen Mitteilungen über den Stand der Jugendorganisation und der Betriebsrätefrage, denen die allergrößte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Das ge- schieht leider nicht in allen unseren Zahlstellen, einzelne allerdings leisten vorzügliches. Die Ver- bandsleitung unterstützt alle Bestrebungen, die auf eine ernsthafte Förderung dieser Fragen hinaus- laufen. Vom dem Besuch der Bildungsstätten der Gewerkschaften kann man zurzeit eine rechte Befriedigung nicht haben. Die Erfahrungen, die aus Anlaß der „Geselle“-Ausstellung gemacht wurden, müssen ebenfalls für die Folgesitz in rechter Weise ausgenutzt werden. Weiter erörtert Hauelsen kurz den Zweck des Internationalen Hilfsmittel zur Unterstützung der angeschlossenen Ver- bände werden soll.

Dann behandelt Hauelsen den derzeitigen Stand unserer Reichstagsverträge. Hierzu können wir auf die seinerzeitigen ausführ- lichen Berichte in unserer Zeitung verweisen. Die Arbeitszeitabkommen, die in unseren Beiträgen ent- halten sind, können nicht mehr aufrechterhalten werden, wir müssen auf die 48-Stundenwoche be- stehen.

Ueber die Entwicklung unserer Man- telverträge und Lohnstarifen wird man die jeweiligen Verhandlungen abwarten müssen. Zweifellos wird dabei die Aktionkraft des Ver- bandes bis aufs äußerste angepannt werden. Not- wendig ist dazu auch, daß die Aktivität der Mitglieder noch ganz wesentlich gesteigert wird. Die Unternehmer müssen sehen und erkennen lernen, daß der Druck von unseren Mitgliedern aus den Werkstufen kommt und daß unsere Verhandlungs- kommissionen nur die Ausführenden des Massen- willens sind. Eine dringende Mahnung ist besonders an die Akkordarbeiter zu richten, damit nicht durch unmenslichen Arbeiten die Gesundheit der Akkordarbeiter vorzeitig untergraben und außer- dem auch der Akkordlohn in Gefahr gebracht wird. Durch unmäßiges Wählen wird auch die Ein- stellung weiterer Arbeitskräfte verhindert.

Dann ging Hauelsen auf die zurzeit schwebenden Gesetzesentwürfe ein, so vor allem auf das Arbeits- zeit-Gesetz und das Arbeitsschutz- gesetz. Die dazu vorliegenden Entwürfe zeigen erneut, daß sich die Arbeiterschaft bei der Durchsetzung ihrer Wünsche und Forderungen nur auf die eigene Kraft verlassen kann und darf. Auch unser Verband wird in Bälde eine Aktion einleiten, um die übermäßige Leberzeit kurz vor Weib- nachten zu verhindern. Zu diesem Zweck soll ein Druck auf die Verleger ausgeübt werden, damit diese ihre Aufträge nicht erst erteilen, wenn die Er- ledigung dieser Aufträge nur durch ausgedehnte Leberzeitarbeit möglich wird. In gewisser Verbindung damit steht auch die Erörterung des Problems, ob- statt der überhandnehmenden Kurzarbeit eine anderweitige Lösung gesucht und gefunden wird da- durch, daß an deren Stelle ein vollständiges Aus- sehen vorzuziehen ist. Bei einem Hinweis auf das Arbeitsgerichtsgesetz und das Arbeits- losenversicherungs-gesetz zog Hauelsen interessante Vergleiche zwischen Beiträgen und Leistungen der staatlichen Versicherung und der Einrichtungen der auf dem Prinzip der Selbst- hilfe aufgebauten Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes.

Im Anschluß an diese zweistündigen Aus- führungen erläuterte Kollege Lender die der- zeitigen finanziellen Leistungen unseres Verbandes.

In der anschließenden Debatte nimmt als erster Kollege Reichert, Stuttgart, das Wort. Er konzentrierte sich auf das Problem der Befestigung der Kurzarbeit und ermahnte dabei zu großer Vorsicht.

Kollege Oswald, Hannover, kritisiert die ge- werkschaftlichen Bildungsstätten, in denen allzu wenig Gewerkschaftliches gelehrt wird. Es hat keinen Zweck, die jungen Leute mit hochpolitischen Dingen vollzustopfen, wenn sie dann Gewerkschafts- arbeit leisten sollen, dann verlangen sie. Weiter führt er lebhaft Klagen über die Brieger Konkurrenz, die auf die bekannte Qualitätsarbeit in Hannover äußerst ungünstig einwirkt. Im Interesse der Arbeitsinvaliden plädierte er aufs wärmste für einen viel stärkeren Ausbau der staatlichen Inva- lidenversicherung. Die Unterstützung der Arbeits- invaliden ist völlig unzureichend. Weiter regt er an, den zum Kriegsdienst herangezogenen Verbands- mitgliedern in irgendeiner Art diese Zeit auf die Verbandsmitgliedschaft anzurechnen, eventuell ihnen zu gefallen, den auf die Invalidenunterstützung entfallenden Teil des Verbandsbeitrages nach- zuzahlen, um das Recht auf Bezug der Invaliden- unterstützung früher eintreten zu lassen. Weiter wünscht er die Stellung der Verbandsleitung kennen zu lernen zu der Frage, ob es den Arbeitslosen nicht ermöglicht werden kann, den anteiligen Beitrag für unsere Invalidenunterstützung zu leisten.

Kollege Schabacker, Leipzig: Unsere zu- künftigen Kämpfe werden in der Hauptsache Kämpfe um Vertiefung der Arbeitszeit sein. In erster Linie müssen die Arbeitszeitabkommen befestigt und auch die Leberstundenstaffeln herabgedrückt werden. Er kritisiert ebenfalls die schändliche Ausnutzung der Arbeiterschaft durch Leberstunden infolge des wenig sozialen Verhaltens der Verleger. Zur Jugendarbeit bedauert er gleichfalls die mangelhafte Beteiligung der Jugendlichen an der Gewerkschaftsarbeit. Die Jugend wird allzusehr von sportlichen Interessen in Anspruch genommen. Zur Kurzarbeit gibt er einige Darstellungen über die Verhältnisse, die sich speziell im Vorjahre in Leipzig gezeigt haben. Die Genehmi- gung von Leberstunden durch die Gewerbeaufsichts- ämter erfolgt in viel zu ausgedehntem Maße.

Kollege Haase, Halberstadt, wünscht eine Aufstellung über das Lebensalter der Arbeitslosen. Notwendig ist auch die Herabsetzung der Alters- grenze zum Bezug der Invalidenrente und eine Vereinheitlichung der staatlichen Versicherungs- einrichtungen. Das würde einen Abbau des Ver- waltungsapparates darstellen und die finanziellen Mittel könnten den Versicherten zugute kommen. Die Gewerkschaften sollten auch nach Wegen Aus- schau halten, um sich neue Einnahmequellen zu sichern. Das könne geschehen durch Errichtung eigener Produktionsbetriebe. Er verweist dabei auf das Beispiel der Buchdrucker. Zum Schluß wendet er sich gegen die staatlichen Schlichtungsinstanzen, die es verhindern, daß die Arbeiterschaft im offenen Kampf zu ihrem Recht kommen kann. Weiter ver- langt er, daß die Genossenschaften ihre Verpadungs- materialien in den eigenen Betrieben herstellen und nicht großkapitalistische Betriebe damit beschäftigen, die diese Aufträge an die Hausindustrie weiter- geben. Mit besonderem Nachdruck wünscht er eine sehr viel intensivere Arbeit für unsere Jugend. Vor allem sollten unsere großen Zahlstellen in dieser Frage viel aktiver sein. Es sei beschämend, daß in sehr großen Zahlstellen keine Jugendabteilungen vorhanden sind.

Kollegin Krzymin, Verbandsvorstand, be- mangelt gleichfalls, daß vor allem in der Heim- volkshochschule in Linz die Gewerkschaftsfrage so gut wie gar nicht berücksichtigt wird. Auch die Alters- grenze müsse abgeändert werden. Die Beschränkung auf eine bestimmte Altersgruppe sei durchaus nicht angebracht.

Kollege Hölzel, Hirschberg, spricht zu dem Sonderabkommen, das für die Kartonnagenindustrie in Schlessien abgeschlossen ist und verlangt schleunigste Befestigung desselben. Die Frage der Behebung der Kurzarbeit ist sehr vorsichtig zu behandeln, damit nicht unsere Mitglieder den größten Schaden davon haben. Die nächsten notwendigen Aufgaben der Gewerkschaften und der politischen Vertreter der Arbeiterschaft muß jetzt die Propagierung der 40-stündigen Woche sein. Auch der Gefängnisarbeit muß mehr Beachtung geschenkt werden, die Gefängnisdirektionen machen für diese starke Reklame und versuchen, freie Arbeit in größtem Maße zu bekommen.

Kollege Kollrich, Leipzig, bedauert gleich- falls die nicht genügende Aktivität unserer Mit-

glieder in der Werkstatt und führt diese auf unsere Reichstagspolitik zurück. Auch er spricht für die Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden, damit die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden können. Politische Parteien und der DGB haben sich mit aller Kraft hinter diese Forderung zu stellen. Die Akkordwühlerei wird auch von ihm verurteilt, er verlangt, daß unsere Verwaltungen hier mit fester Hand eingreifen. In unseren Lohnverträgen ist Leipzig als teuerer Messestadt mit Berlin gleichzustellen.

Kollege Kouradt, Hamburg, verlangt ebenfalls die Propagierung eines kürzeren Arbeitstages wie des achtstündigen. Er kritisiert dann weiter das Bestreben der Unternehmer einzelner Sparten, den übertariflichen Lohn abzubauen, zum mindestens für die Wohnwochen, in die Feiertage fallen. Er ersucht darum, daß diesem Bestreben ein Riegel vorgeschoben wird. Er unterstützt alle Anregungen, die Aktivität der Mitglieder zu steigern. Die Bemühungen der Verbandsleitung zur Behebung der Kurzarbeit finden seine volle Unterstützung. In bezug auf die Errichtung von eigenen Produktionsbetrieben verweist er auf die Konsumgenossenschaften, deren Aufgabe die Errichtung solcher Betriebe ist. Die Genossenschaften sollten die Konsumgenossenschaften mehr fördern.

Kollege Stephan, München, verlangt eine tarifliche Regelung der Befehung der Deckenmaschine. Es dürfe nicht sein, daß ein Gehilfe mehr als eine Maschine bedient. Auch die Regelung der Kurzarbeit sollte tariflich geregelt werden. Die Ferienbezahlung sollte nach dem tatsächlichen Verdienst erfolgen.

Kollege Größ, Kottbus: Der Reinigungsprozess ist für die Unternehmer ganz erträglich gewesen, denn sie haben dabei eine Reihe ihnen unliebsamer Arbeitskräfte abtöten können. Unsere Betriebsräte müssen mehr auf dem Posten sein, sie dürfen es auch nicht dulden, daß Ueberstunden ohne Sonderaufschlag geleistet werden. Die Betriebsräte müssen sich um die Verhältnisse in ihrem Betrieb kümmern. Weiter klagte er über mangelndes Solidaritätsgefühl der Buchdrucker und geht dann auf einige spezielle Kottbusser Verhältnisse ein. Die Lehrlingsausbildung ist eine völlig ungenügende, auch hier muß eine Aenderung angestrebt werden. Viele junge Gehilfen sind gar nicht in der Lage, ein Buch sachgemäß anzufassen.

Kollege Quaes, Dresden, begrüßt die Anregung, daß die Arbeitszeit noch unter 8 Stunden gekürzt und daß die Altersgrenze für den Bezug der staatlichen Invalidenunterstützung herabgesetzt wird. Für größere Zahlstellen ist die Förderung der Jugendfragen ein schönes Stück Arbeit. Ein Vergleich mit den Buchdruckern ist nicht möglich in- folge der verschiedenartigen Zusammensetzung der Berufe.

Kollege Glänkin, Lahr, schildert die Schwierigkeit der Arbeit in kleineren Zahlstellen. Die Ueberstundenarbeit ist in den kleinen Zahlstellen geradezu haarsträubend gewesen. In Lahr ist wochenlang bis nachts 12 Uhr gearbeitet worden, einzelne haben dann noch wochenlang in anderen Betrieben bis zum anderen Morgen durchgearbeitet. Solche Zustände erfahren die einzelnen Verwaltungen meistens leider zu spät. In Lahr könnten sämtliche Berufsausgehörige voll beschäftigt werden, wenn die Arbeitseinteilung der Betriebe eine bessere wäre. Die Errichtung einer Jugendorganisation ist in Lahr bis jetzt noch nicht möglich gewesen.

Kollege Lehmann, Krefeld, gibt Kenntnis von der Schwierigkeit der Agitation im Rheinland. Ein besonders schwerer Boden ist dort die Kartonnagen-Industrie. Da kann auch der beste Angestellte zur Verzweiflung getrieben werden.

Kollege Harder, Verbandsvorstand, geht auf eine Reihe der in der Diskussion gemachten Ausführungen näher ein. Insbesondere verweist er gegenüber der von Oswald geforderten Erweiterung der Invalidenunterstützung darauf, daß wir in absehbarer Zeit diesem Ziel gar nicht näher kommen können. Die Bedeutung der Gefängnisarbeit wird vielfach stark überschätzt. Unsere Erhebungen und auch solche in Verbindung mit den Unternehmern haben immer gezeigt, daß in der Hauptache in den Gefängnissen Läten geleistet

werden. Im allgemeinen haben die Unternehmer immer verlangt, wenn sie zur Mitarbeit an der Beseitigung der Gefängnisarbeit aufgefordert wurden. Ueber die Arbeiterbildungsstätten, vor allem über die Heimvolkshochschule Tinz, sind sich alle einig, daß dort praktische Gewerkschaftsarbeit nicht gelehrt wird. Diese praktische Arbeit ist nur in der Gewerkschaft selbst zu erlernen. Ein großer Fehler ist, daß die Schüler der Arbeiterbildungsstätten den Zweck der Lehrgänge nicht praktisch ausnutzen. Kollege Harder schildert dann die Art des Lehrens und Lernens in den Arbeiterhochschulen. Zur Jugendarbeit selbst erklärt er, daß der örtlichen Jugendbildungsarbeit viel größere praktische Bedeutung beizumessen ist, wie der Hochschule. Für unseren Beruf ist die Jugendorganisation insofern der Zusammenfassung unseres Verbandes und Berufes sehr schwer und nicht mit der anderer Verbände zu vergleichen.

Kollegin Unterlauf, Berlin, plädierte gleichfalls für eine wesentlich verkürzte Arbeitszeit.

Kollege Herber, Nürnberg, ersucht den Verbandsvorstand, Versuche zu unternehmen, um vom Leipziger Messeamt Angaben über den Abfall auf der Leipziger Messe der einzelnen Gruppen unseres Berufes und über die Preisgestaltung zu erhalten. Er schildert das Bemühen der Nürnberg-Fürther Spielwarenfabrikanten, sog. Fabriklehrlinge auszubilden. Die Handelskammer hat diese Versuche der Unternehmer unterstützt, obwohl die Unternehmer selbst zugeben, daß diese Lehrlinge in anderen Betrieben gar nicht arbeiten können. Zur Frage der Kurzarbeit empfiehlt er gleich anderen Rednern allergrößte Vorsicht. Auch kann er auf Grund eigener Anschauung feststellen, daß die Gefängnisarbeit für uns keine besondere Gefahr hat. Viel bedeutender sind die berufsfremden Betriebe, die sich eigene Buchbindereiabteilungen eingerichtet haben. Diese zu besämpfen haben wir keine Veranlassung, da auch die Entlohnung und die ganzen Arbeitsweisen in ihnen gute sind.

Kollege Klingenschmidt, Eisenberg, empfiehlt, in organisatorisch schwer zugänglichen Orten und Betrieben tüchtige Kolleginnen zu entsenden, die dort für unsere Organisation wirken sollen.

Kollege Schuffenhauer, Chemnitz, schildert die Schwierigkeit der Hausagitation und bespricht die Verhältnisse in der Kartonnagenbranche, speziell in Chemnitz.

Kollege Hauelsen geht in seinem Schlusswort auf eine Reihe der in der Debatte gestreiften Punkte ein. Angesichts der technischen Fortschritte in unserem Beruf und in Anbetracht der ganzen wirtschaftlichen Lage in ihm ist es ein Zwang für uns, für eine kürzere Arbeitszeit als 48 Stunden pro Woche, einzutreten. Der erste Schritt dazu ist die feste Verankerung der 48-Stundenwoche in unseren Tarifverträgen. Durch die Gesetzgebung ist die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchzuführen, die muß der Verband aus eigener Kraft und unter tätiger Mithilfe aller Mitglieder zu erreichen suchen. Unsere Verträge bieten heute schon einen Schutz gegen die Ueberstundenhiebe, nur wird dieser Schutz nicht so ausgenutzt, wie es möglich sein kann. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß von der Masse gefordert werden, es hat keinen Wert, wenn lediglich die Verbandsleitung mit einer solchen Forderung auftritt. Im allgemeinen ist der Kollegenschaft etwas mehr Rückgrat zu wünschen, wenn es gilt, ihre vertraglichen Rechte zu wahren. Würde das beachtet, dann könnte mancher Uebelstand nicht die Verbreitung gefunden haben, die er tatsächlich gefunden hat. Die Beseitigung der Hausarbeit ist nicht ohne weiteres möglich, da der „Apl“-Vertrag keine einheitliche Akkordentlohnung vorsieht. Ueber den Begriff des sogenannten Doppelverdienstes geben die Anschauungen sehr weit auseinander. Hier muß in erster Linie an die Vermunft und an das Solidaritätsgefühl der davon Betroffenen appelliert werden.

Kollege Hauelsen schildert sodann die Entwicklung des Tarifstreites in Briesg. Wenn es richtig ist, daß für die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bestimmte Bedingungen in der Hausindustrie hergestellt werden, dann muß man sich mit diesen in Verbindung setzen. Es ist nicht statthaft, daß Bedingungen für die Konsumgenossenschaft in der Hausindustrie hergestellt werden. Die Forderung auf

Herabsetzung der Altersgrenze für die Arbeitsinvaliden findet, wie sich aus der jetzigen Verhandlung im Sozialen Ausschuss des Reichstags zeigt, den größten Widerstand der bürgerlichen Parteien. Der Prozess, daß die alten Arbeitskräfte aus den Betrieben ausgeschieden werden, wird nicht aufgehoben werden können. Um so mehr sind die Bestrebungen zu unterstützen, die Altersgrenzen für die Arbeitsinvaliden herabzusetzen. Ueber die Anregung des Kollegen Oswald, den Kriegsteilnehmern durch Nachzahlung des Beitragsanteiles für die Invalidenunterstützung die Möglichkeit zu geben, eher in den Genuss der Invalidenunterstützung zu kommen, kann man zur gegebenen Zeit reden. Es würde sich schon ein Weg finden, um diesen Wünschen entgegenzukommen. Ueber die Entwicklung des Geschäftes und die Preisgestaltung auf der Leipziger Messe wird vom Leipziger Messeamt eine Auskunft nicht zu erhalten sein, denn auch dieses Amt wird authentische Angaben gar nicht machen können. Die ganze Diskussion hat gezeigt, daß im Verbandsbeirat der dringende Wunsch besteht, alle Uebelstände, die sich im Verband und im Beruf zeigen, zu beseitigen. Diese Haltung des Beirats ist zu begrüßen.

Vor Eintritt in den zweiten Punkt der Tagesordnung weist Kollege Hauelsen darauf hin, daß in einer Reihe von Versammlungen und auch in der Diskussion in der „Buchbinder-Zeitung“ zum Ausdruck gebracht worden ist, daß der Beirat zu einer Aenderung der Beiträge nicht befugt sei. Nach kurzer Rede und Gegenrede anerkennt der Beirat sein Recht, über die Frage der Aenderung der Beiträge beschließen zu können.

In vorgerückter Abendstunde wird dann noch das Referat des Kollegen Lender zum Punkt 2 und 3 der Tagesordnung entgegengenommen. Er führte dabei dem Beirat einleitend die Situation vor Augen, die den Verbandsvorstand veranlaßt habe, die Beiträge auf Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und Einführung sogenannter Pflichtbeiträge zu stellen und betonte dabei, daß der Vorstand schon auf dem Verbandstag in Hamburg den Antrag gestellt habe, die Beiträge bis zu 1,50 Mk. zu erhöhen und die Unterstützung dementsprechend auszubauen. Man habe wohl damals die Erhöhung der Unterstützung im weitesten Umfang vorgenommen, dagegen die Beiträge bei weitem nicht in der notwendigen Höhe beschloffen.

War auch die auf dem Hamburger Verbandstag beschlossene Unterstützungserweiterung für eine normale Beschäftigungszeit schon bedenklich, so wurde sie geradezu unhaltbar bei der ungeheuren Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die meisten unserer Mitglieder wurden im Laufe der folgenden Zeit arbeitslos und ausgesteuert. Weil die Not dieser Ausgesteuerten immer größer wurde, gingen viele Zahlstellen dazu über, aus Lokalmitteln eine weitere Unterstützung zu zahlen. Wiederholt wurde an den Verbandsvorstand das Ersuchen gerichtet, die Ausbehnung der Arbeitslosenunterstützung zentral zu regeln. Wir sondierten darauf durch ein im Juli v. J. verfaßtes Rundschreiben die Meinung der Zahlstellen über eine eventuelle Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung. Leider fand diese Anregung nicht die gewünschte Unterstützung. Besonders die größten Zahlstellen sträubten sich gegen die vorgeschlagene Erhebung der Extrasteuer. Eine lobenswerte Ausnahme machte die Zahlstelle Dresden, die mit ihrer Zustimmung zu dem Vorhaben des Verbandsvorstandes zu gleicher Zeit 500 Mk. der Verbandstasse für eine besondere Unterstützung der Ausgesteuerten zur Verfügung stellte. Aber auch nach der Ablehnung der vorgeschlagenen Erhöhung kamen ähnliche Anträge von den Zahlstellen immer wieder an den Verbandsvorstand. Der Vorstand entschloß sich daher zu einer schriftlichen Befragung des Beirates, der dann in seiner Mehrzahl der Unterstützungserweiterung und Erhebung des Extrabeitrages zustimmte. Aus vielen Zuschriften wurde bestätigt, daß die dadurch erwirkte Nachzahlung der erhöhten Unterstützungssätze von allen Ausgesteuerten dankbar begrüßt worden sei. Leider haben sich seit dieser Zeit die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt weiter erheblich verschlechtert. Insbesondere noch dadurch, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit für die einzelnen Mitglieder ganz enorm gestiegen ist. So sind beispielsweise von den im Januar festgestellten Arbeitslosen 63 Proz., die über drei Monate arbeitslos waren, vom Verbands also keine Unterstützung mehr beziehen konnten. Die Notwendigkeit

für die Verlängerung der Unterstützungsdauer besteht also heute noch im erhöhten Maße als wie im Sommer und Herbst v. J. Mit Rücksicht auf diese Lage entschloß sich der Verbandsvorstand nach wiederholten Beratungen und sehr eingehender Prüfung der ganzen Frage, den Beirat zur Entscheidung zusammen zu berufen. Ganz besonders wurde noch gewünscht, daß auch die Mitglieder in reger Weise sich zu dem Problem äußerten, weshalb die Vorlage des Verbandsvorstandes auch in der Zeitung zur Diskussion gestellt wurde. Erfreulicherweise war die Diskussion diesmal im Gegensatz zu der im Sommer v. J. eine sehr lebhaft. Bedauerlich sei nur, daß man bei der Diskussion die Hauptfrage so in den Hintergrund gedrängt hatte und anstatt über die notwendige Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung nur die Frage der Beitragserhöhung diskutierten. Bedauerlich, ja direkt beschämend sei es, daß sogar Angestellte des Verbandes mit ziemlich unlauteren Mitteln dabei gearbeitet haben und dem Verbandsvorstand u. a. unterstellten, daß es ihm nur um die Erhöhung der Beiträge zu tun sei und die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung dabei nur als Vorwand diene. Mit aller Schärfe weist der Redner diese haltlose Unterstellung zurück und betont ausdrücklich, daß dem Verbandsvorstand von Anfang an bis gegenwärtig nur vorgeschwebt habe, die große Not unserer alten Verbandmitglieder in etwas weiterem Maße zu mildern. Man rechne sogar sehr stark damit, daß diese geringe Beitragserhöhung nicht ausreichen werde, um die erhöhten Unkosten für die erweiterte Arbeitslosenunterstützung zu tragen.

Wenn in der Zeitungsdebatte von einzelnen Rednern hervorgehoben worden sei, daß man den weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung dem Staat überlassen soll, so bewies gerade der jetzt zur Beratung stehende Gesetzentwurf zur Arbeitslosenversicherung, daß wir dadurch nicht allzu viel zu erwarten haben. Wenn man auch anerkennen könne, daß der Entwurf gegenüber dem bisherigen Zustande Vorteile biete, so insbesondere auch deshalb, weil die Frage der Bedürftigkeit fortfällt, so zeige der ganze Entwurf doch deutlich genug, daß wir selbst nach Einführung der Arbeitslosenversicherung unsere Arbeitslosenunterstützung werden weiter ausbauen müssen. Durch die Hilfe des Staates wird also die ergänzende Hilfe der Gewerkschaften in absehbarer Zeit in keiner Weise überflüssig werden. Ganz besonders sei doch dabei zu beachten, welche hohen Beiträge in der staatlichen Arbeitslosenversicherung vorgeesehen und zu zahlen sind und mit welcher geringen Beiträgen wir diese relativ hohen Leistungen ausbringen. Wenn wir uns also von allen ökonomischen Einflüssen freimachen, die seit 1½ Jahren herrschende Krise auf dem Arbeitsmarkt betrachten und ganz objektiv die daraus sich ergebenden Gefahren und Notwendigkeiten prüfen, dann müssen wir zu dem Schluss kommen, daß wir dieser kritischen Situation gegenüber nicht stillschweigend die Hände in den Schoß legen können. Die Vorlage des Verbandsvorstandes ist das allermindeste, was wir gegenwärtig den Arbeitslosen schuldig sind. Es stehe aber jetzt schon ziemlich fest, daß man hierbei nicht werde stehen bleiben können, sondern daß wir dem nächsten Verbandstag weitergehende Vorlagen unterbreiten müssen. Redner bittet daher, alle Bedenken fallen zu lassen und die Vorlage anzunehmen.

Zur gleichzeitig vom Vorstand angeregten Frage der Einführung des Pflichtbeitrages übergehend, betont Kollege Lender, daß der Verbandsvorstand seit Jahrzehnten dessen Einführung für notwendig gehalten habe. Leider habe auch der letzte Verbandstag dieser erneuten Anregung nicht entsprochen. Die weitere Entwicklung, besonders die Erfahrungen im letzten Krisenjahr haben aber mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß man um die Einführung nicht umhin komme und dieselbe immer dringender werde. Die Entwicklung zeigt auch deutlich, daß die Gewerkschaften immer mehr zu dieser Ueberzeugung gelangen. Haben doch mehr als die Hälfte aller unserer Gewerkschaftsorganisationen mit zusammen drei Millionen Mitgliedern bereits den Pflichtbeitrag durchgeführt. Auch die vom ADBB. eingesetzte Reorganisationskommission für gewerkschaftliche Verwaltungsarbeiten empfiehlt die Einführung derselben. Er geht dann weiter auf die moralische Berechtigung solcher Beitragsforderungen ein, schildert die nahezu unhaltbaren Zustände, wie sie sich bei der Ausgabe von Freimarken im letzten Jahre bei uns herausge-

bildet haben und bittet auch hier den Beirat, der Vorlage des Vorstandes die Zustimmung geben zu wollen.

Oswald-Hannover eröffnet die Diskussion und führt aus: Wenn wir auch ohne gebundenes Mandat hier sind und jederzeit gern bereit wären, dem Verband zu geben was ihm gehört, so müssen wir auch andererseits die Meinung unserer Kollegenschaft in den Jobstellen hören und beachten. Bei einer Umfrage im Bezirk haben sich mit Ausnahme von Kassel alle Orte gegen eine Erhöhung der Beiträge ausgesprochen. Es sei aber weniger die Erhöhung des Beitrages, die jetzt bei den Mitgliedern solchen Anstoß erzeuge, sondern besonders der Umstand, daß schon nach so kurzer Zeit wiederum eine Beitragserhöhung gefordert werde. Er plädiert dafür, die Beiträge und Unterstützungsätze wieder auf den früheren Stand zurück zu setzen und einen Modus zu finden, durch welchen den Ausgesteuerten noch recht lange ein monatlicher Zuschuß vielleicht in Form einer Mietbeihilfe gewährt wird. Besser wäre es gewesen, man hätte gleich im Oktober eine größere Beitragserhöhung vorgenommen, dem hätten sich die Mitglieder weniger widersetzt. Es sei auch fraglich, ob der Beirat zur Entscheidung in dieser weitgehenden Weise berufen sei.

Hözel-Hirschberg steht im Gegensatz zu Oswald auf dem Standpunkt, daß in solchen gefährlichen Situationen der Beirat ohne weiteres zum Eingreifen berufen sei. Nur hält er den Zeitpunkt für eine Erhöhung der Beiträge sehr ungünstig gewählt. Er bebauert weiter, daß auf der Hamburger Tagung gerade die Vertreter der Großstädte sich gegen die notwendige Erhöhung der Beiträge ausgesprochen haben und dagegen stimmten. Diese seien die Schuldigen, daß wir so schnell in solche schwierige Situation gekommen sind. Im weiteren bemängelt er das große Unrecht von Seiten vieler Verbandmitglieder, die ihre Beiträge nicht richtig entrichten. Würde jedes Mitglied seine Beiträge richtig entrichten, dann wären zu einem wesentlichen Teil die Schwierigkeiten behoben. Bezüglich eines weiteren Ausbaues des Unterstützungswesens neigt er der Auffassung zu, daß man besser tue, den Ausgesteuerten einen monatlichen Zuschuß zu zahlen. Dadurch blieben die Ausgesteuerten auch noch länger mit dem Verband in Frühling und seien am Monatschluß der drückenden Miessorge entbunden.

Bezüglich der Pflichtbeiträge betont er, daß man seit zwanzig Jahren sich bereits damit beschäftigt, dieselben jedoch bisher von allen Verbandstagen abgelehnt worden seien. Wir sollten daher in dieser prinzipiellen Frage dem kommenden Verbandstag nicht vorgreifen und diesem die Entscheidung überlassen. Im übrigen halte er auch den Beirat zur Entscheidung dieser weitgehenden Frage nicht für kompetent.

Reichert-Stuttgart begründet in längeren Ausführungen eine von ihm dem Beirat unterbreitete Vorlage. Er betont weiter, daß die ganze Haltung der Mitglieder für oder gegen diese Frage im wesentlichen von der Einstellung der Referenten abhängen, die ihnen die Frage vortragen. Das habe man deutlich aus vielen Zeitungsartikeln und Berichten herauslesen können. Wenn man es verstände, den Mitgliedern die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Arbeitslosenunterstützung darzulegen, seien dieselben keineswegs dagegen und auch bereit, den geringen Mehrbeitrag zu zahlen. Im Gegensatz zu der Vorlage des Verbandsvorstandes ist er jedoch der Auffassung, daß es richtiger sei, wenn man den Ausgesteuerten, wie seine Vorlage es vorseht, bis zu sechs Monaten noch weiter einen Mietzuschuß zahlen könne. In der notwendigen Beitragserhöhung stimmt er dem Verbandsvorstand zu.

Mitsche-Dresden betont, daß man die ganze Angelegenheit nicht von dem Gesichtspunkt aus betrachten dürfe, daß diejenigen, die sich gegen die Vorlage des Verbandsvorstandes aussprechen, nicht begriffen, in welcher Notlage sich die Ausgesteuerten befinden. Er spricht sich für eine monatliche Unterstützung der Ausgesteuerten aus, und zwar für die Dauer ihrer ganzen Arbeitslosigkeit. Sie seien auch der Meinung, daß für die Ausgesteuerten sehr wohl aus den vorhandenen Verbandsmitteln für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit die Mehrleistungen gezahlt werden können. Würde man nur die Arbeitslosenunter-

stützung in der Weise erhöhen, wie der Verbandsvorstand vorschlägt, so wären auch diese Arbeitslosen bald ausgesteuert und der alte Zustand würde weiter bestehen. Die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung erkennt er mit Rücksicht auf die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise an, empfiehlt jedoch, daß man diese durch eine Urabstimmung zur Entscheidung stellen solle.

Kaulich-Frankfurt meint, daß es vielen wie eine Ironie amute, wenn wir uns wegen einer solchen geringen Beitragserhöhung von 5 und 10 Pf. so herumschlagen. Das sei aber ein Irrtum, denn die Kollegenschaft müsse dieser Frage eine große Bedeutung bei. Bereits bei der Oktobervorlage habe er gebeten, daß man dazu übergehe, eine monatliche Mietbeihilfe den Ausgesteuerten zu gewähren. Damit würde man nach seiner Auffassung größere Erfolge für den Verband erzielen. Im weiteren betont er, daß wir schon erheblich mehr für die Erwerbslosen tun könnten, wenn wir uns mehr Einfluß in der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge schaffen würden. Er weist weiter auf die Schwierigkeiten hin, die ihnen durch eine eventuelle Beitragserhöhung bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern entstehen würden. Diese Schwierigkeiten treten in erhöhtem Maße in Erscheinung, wenn wir mit anderen Organisationen in Berührung kommen und unsere Kollegen sehen, daß dort teilweise erheblich geringere Beiträge gezahlt werden. Im weiteren wendet er sich gegen die beantragten Pflichtbeiträge. Er steht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß der Beirat in dieser Frage nicht kompetent sei und man die Entscheidung hierüber dem nächsten Verbandstag überlassen solle. Falls die Vorlage des Verbandsvorstandes bezüglich der Beitragserhöhung angenommen wird, dann bitte er, wenigstens die Lehrlingsklasse von der vorgesehenen Erhöhung zu verschonen.

Glücklin-Lahr geht auf die in Lahr bereits angeregte Einführung einer sechsten Beitragsklasse näher ein und erwähnt, daß dieser Antrag Dürr bereits dort auf Widerstand gestoßen sei. Es sei ein Fehler vom letzten Verbandstag gewesen, die Beiträge in der Spitze nicht in der vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Höhe festzusetzen. Würde man heute eine Beitragserhöhung beschließen, so würde dies einen großen Unwillen bei den Mitgliedern erregen, da diese bereits mehr als zwei Stundenlöhne als Verbandsbeitrag bezahlten. Er bittet daher in Erwägung zu ziehen, ob nicht vielleicht doch die Einführung einer sechsten Beitragsklasse ein gangbarer Ausweg aus dem Dilemma sei. Bezüglich der Pflichtbeiträge will auch er die Entscheidung dem nächsten Verbandstag überlassen.

In längeren Ausführungen legt dann Schweinich als Vertreter des Buchdruckerverbandes seine Ansicht über die strittige Frage dem Beirat auseinander. Er erinnert daran, daß man sich in der gestrigen Debatte große Ziele aufgesteckt habe und dabei im Interesse der Arbeiterschaft unter anderem die Vierzigstundenswoche forderte. Auch dieses Ziel sei ohne große Kämpfe kaum möglich. Aber schon beim Weistern der Arbeitslosennot durch Unterstützung der langfristigen Arbeitslosen verfolge heute der Beirat und ziehe nicht die notwendige Konsequenz aus der gestrigen Debatte. Er erinnert daran, wie gefährlich es für die in Arbeit stehende tariflich entlohnte Kollegenschaft sei, wenn ein übermäßig großes Heer von Arbeitslosen auf der Straße liege, und zwar lange Monate hindurch, die nach einer so schweren Zeit eine große Gefahr bilde, als Lohnbrüder aufzutreten. Es sei daher eine gewerkschaftliche Notwendigkeit und ein selbstverständlicher Akt der Solidität, diese so weit als möglich zu unterstützen. Er verweist auf die diesbezüglichen Einrichtungen im Buchdruckerverband, wodurch man die besten Erfolge gezeitigt habe. Es sei auch ein verkehrter Standpunkt, wenn man erst dann dem Verbandsrat die notwendige Beitragserhöhung gewähren wolle, wenn wieder eine Lohn-erhöhung abgeschlossen worden sei. Umgekehrt wäre es der richtige Weg: Die Mitglieder sollten bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit die Verbandsbeiträge erhöhen und dem Verbandsrat zuführen, denn das sei die beste Gewähr dafür, den Verband in die Lage zu versetzen, möglichst günstige Lohnverhältnisse zu erringen. Er richtet daher den Appell an den Beirat, dies zu beherzigen und die vom Vorstand unterbreitete Vorlage anzunehmen.

Haase-Halberstadt meint, daß die Mitglieder noch keiner Tagung so wie der gegenwärtigen solch

starkes Interesse entgegengebracht hätten. Wenn es auch nur fünf und zehn Pfennig seien, die hier gefordert werden, so solle man berücksichtigen, daß besonders in den kleineren Orten auch eine solche Erhöhung von den Mitgliedern als eine starke Mehrbelastung empfunden würde. Er könne sich daher für die beantragte Beitragserhöhung nicht aussprechen. Etwas anderes sei es dagegen, wenn man alle Verwaltungen anweise, streng darauf zu achten, daß die Mitglieder in der für sie zuständigen Beitragsklasse ihre Beiträge zahlen. Hier liege noch viel im argen.

Schmidt-Berlin verweist darauf, daß er im Herbst vorigen Jahres einer der ersten war, der sich zustimmend zu dem vom Verbandsvorstand beantragten Erhöhung der Unterstützung und Beiträge ausgesprochen habe. Als diesmal wieder derselbe Antrag kam, habe er sich mit der Zahlstelle in Verbindung gesetzt. Die Ortsverwaltung habe sich jedoch einstimmig gegen den Vorschlag des Verbandsvorstandes ausgesprochen, weil sie der festen Ueberzeugung sei, daß dadurch eine ganz erhebliche Erschwerung in der Agitation eintreten würde. Schon bei der letzten Beitragserhöhung seien in Berlin deswegen 200 Mitglieder ausgetreten. Allerdings dürfe die heutige Tagung auch nicht ausweichen wie das Hornberger Schießen. Im weiteren unterstreicht auch er die wiederholt hier zum Ausdruck gekommene Auffassung, daß dem Verband sehr viele Beiträge unrichtmässig entzogen werden und man diesen Beitragsrückern energisch zu Leibe gehen müsse. Das müßte mit allem Nachdruck gefordert werden.

Konrad-Hamburg sieht die Situation nicht so schwarz wie die Vorredner sie geschildert haben. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß es nach jeder Beitragserhöhung immer vorwärtsgegangen sei. Diesmal habe sich gegen die Beitragserhöhung nur eine Zahlstelle seines Gaues gemeldet. Etwas anderes sei es dagegen, ob man nicht die Einführung des erhöhten Beitrages bis Anfang Mai hinausschieben könne. Doch befürwortet auch er, die Jugendklasse von einer Beitragserhöhung freizulassen. Im übrigen hält er ebenfalls eine monatliche Ratenzahlung der Unterstützungssätze für vorteilhafter. Der Einführung der Pflichtbeiträge kann auch er nicht das Wort reden, da der Beirat hierzu nicht kompetent sei und man die Entscheidung dem nächsten Verbandstag überlassen solle.

In sehr warmen Worten wendet sich hierauf Haß als Vertreter des Verbandes der Lithographen und Stein drucker zu dem Beirat und führt ihm nachdrücklich die Notwendigkeit der vom Verbandsvorstand angeregten Maßnahmen vor Augen. Er meint, daß die hier geführten Debatten manchmal anmuten, als ob wir noch im Jahre 1896 lebten. Die beantragte geringe Beitragserhöhung würde keineswegs sich so zum Schaden des Verbandes auswirken, wie hier von mehreren Rednern geschildert worden sei. Man solle doch nicht außer acht lassen, wieviel tausende unserer Mitglieder für alle möglichen anderen Vereine usw. noch erhebliche Geldbeträge regelmäßig übrig haben und den Mitgliedern mehr vor Augen führen, daß die Grundlage aller ihrer Lebensbedingungen erst durch den Verband geschaffen worden sind. Im Stein druckerverband habe sich erfreulicherweise diese Erkenntnis längst durchgedrungen und innerhalb eines Jahres sei eine Erhöhung des Verbandsbeitrages um achtzig Pfennig durchgeführt worden. Nicht genug damit, kommen schon jetzt aus Mitgliedertreffen Anregungen, den Beitrag um eine Mark zu erhöhen. Und es sei sehr wahrscheinlich, daß der nächste Verbandstag schon in weiterer Erkenntnis und Konsequenz den wöchentlichen Beitrag auf drei Mark erhöhen werde. Er bedauert lebhaft die pessimistische Stimmung, welche sich hier durch die Debatte gezogen habe. Man solle doch nicht vergessen, daß die Grundlage in der ganzen Gewerkschaftsbewegung sei, den Mitgliedern etwas zuzumuten, damit man ihnen auch möglichst hohe Leistungen bieten kann. Erst solle man dem Verband in reichlichem Maße die Mittel zur Verfügung stellen, dann erst könne man von ihm entsprechende Leistungen fordern. Nicht umgekehrt.

Stephan-München schildert die schwierigen Verhältnisse im Gau, wo infolge unserer hohen Beiträge die Mitglieder zum Teil in den Graphtischen Zentralverband abgewandert sind. Wenn aber die Beitragserhöhung nur einzig dazu dienen soll,

die Mittel für die erweiterte Unterstützung aufzubringen, so solle man es lieber bei dem bisherigen Zustand belassen. Im übrigen sei man auch in Würden der Auffassung, daß die ganze Frage am besten durch eine Urabstimmung zu regeln sei. Die Entscheidung über die Pflichtbeiträge solle man aber ruhig dem nächsten Verbandstag überlassen.

Schabacker-Leipzig betont, daß der Standpunkt der Leipziger früher ein anderer als heute war und man noch im Frühjahr v. J. eine Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und den dazu notwendigen Extrabeitrag ablehnte. Inzwischen habe man aber in Leipzig erkannt, daß der Verbandsvorstand die Situation durchaus richtig beurteilt und auf dem richtigen Wege mit feiner Vortage sei. Er schilbert eingehend die Leipziger Organisationsverhältnisse, die als durchaus gut zu bezeichnen sind, und erwähnt weiter, daß sowohl die Funktionskonferenz wie die Generalversammlung die Vortage des Verbandsvorstandes mit großer Mehrheit gutgeheißen haben. Nur wünscht er, daß die Erhöhung erst am 1. Mai in Kraft tritt. Ganz entschieden sei er jedoch gegen die angeregten monatlichen Unterstützungssätze in Form eines Mietzuschusses. Das soll man der Lokalkasse überlassen.

Die Kollegin Unterlauf-Berlin schildert hierauf die schwierigen örtlichen Verhältnisse Berlins, wo man mit vielen Branchen und vielerlei Löhnen zu rechnen habe. Sie widerspricht der hier wiederholt zum Ausdruck gekommenen Auffassung, daß die Kolleginnen in den Großstädten viel mehr in den höheren Beitragsklassen ihre Beiträge entrichten könnten. Es seien in Berlin sehr viel Kolleginnen, die mit 52 bis 56 Pf. Stundenlohn in der 3. Klasse und solche mit 62 Pf. Stundenlohn in der 4. Klasse steuern. Sie warnt vor einer Beitragserhöhung, da der Mitgliederrückgang selbst durch die Erhöhung von 5 bis 10 Pf. ein sehr großer sein würde. Bezüglich der Pflichtbeiträge erkläre auch Berlin sich gegen dieselben.

Hauelsen (Verbandsvorstand) erinnert daran, daß der Kollege Lender bereits auf die unansehnliche Erscheinung bei den Zeitungsdebatten und Auseinandersetzungen auf den Gautagen und Generalversammlungen hingewiesen habe, wo man den Kernpunkt der ganzen Auseinandersetzungen vollständig verschob. Während der Vorstand eine Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung für notwendig hielt, und selbstverständlich dann auch die dazu notwendige Beitragserhöhung in der denkbar niedrigsten Höhe forderte, hat man aber aus dieser guten Absicht des Verbandsvorstandes gemacht, daß derselbe „schon wieder“ eine Beitragserhöhung will und dann nebenbei wohl erwähnt, daß auch eine Erhöhung der Unterstützung damit verbunden sein soll. Wenn ein solches Gebaren wiederholt bei verantwortlichen Funktionären unseres Verbandes beobachtet werden konnte, so ist es durchaus erklärlich, daß man in den Mitgliedertreffen so wenig Sympathie für unsere Vortage sah. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß den Arbeitslosen geholfen werden muß. Die auf dem Hamburger Verbandstag beschlossenen 70 Tage als Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung mögen für normale Zeitverhältnisse gerechtfertigt gewesen sein, heute müssen wir erkennen, daß sie nicht mehr ausreichend sind. Wir müssen daraus die Konsequenz ziehen, daß wir die Unterstützungsdauer unbedingt erhöhen müssen. Aber schon jetzt könne er erklären, daß die Ausdehnung in den hier vorgesehene Ausmaßen noch nicht genügt, sondern auf dem nächsten Verbandstage eine ganz erhebliche weitere Ausdehnung erfahren müsse. Die Arbeitslosenunterstützung müsse eben als Kampfunterstützung bewertet werden, und wolle man den Kampfcharakter unserer Organisation nicht beeinträchtigen, dann müsse man angesichts der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit auch diesen Unterstützungszweig weiter ausbauen. Eindringlich warnt er davor, den in dieser Beziehung als richtig anerkannten Weg zu verlassen. Man würde einen ganz neuen Unterstützungszweig damit einführen und da wäre die Frage wohl berechtigt, ob der Verbandsbeirat hierzu befugt sei. Er gebe zu, daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn man schon im Oktober eine größere Beitragserhöhung und Unterstützungserweiterung mit einem Male vorgenommen hätte. Den Vorstand trifft dabei aber keine Schuld. Denn gegenüber der ablehnenden Haltung der Zahlstellen bei der vorherigen Umfrage, betr. eine Erweiterung der Unterstützung und Erhebung eines erhöhten Beitrages, konnte er gar nicht anders handeln.

Die Diskussion in der „Buchbinder-Zeitung“ hat zum Teil einen Verlauf genommen, die dem wahren Sachverhalt durchaus nicht gerecht wurde. Es ist schon so: Je nachdem die verantwortlichen Kollegen sich darüber eingestellt hatten, so haben auch die Mitglieder entschieden. Es sei eine bedauerliche Tatsache, daß gerade ein beträchtlicher Teil der verantwortlichen Kollegen den Anregungen des Verbandsvorstandes entgegentrat. Man verlange durchaus nicht von den Angestellten, daß sie ja und amen zu allem sagen, was der Verbandsvorstand beantragt. Aber diese Art der Gegenpropaganda, wie sie von einzelnen betriebenen worden sei, müsse entschieden zurückgewiesen werden. Durch die ganzen Debatten zöge es sich wie ein roter Faden, daß man wohl den Arbeitslosen helfen möchte, aber nichts dafür zahlen will. Es sei beschämend und ein Mangel an Solidaritätsgesühl, wenn man für die als notwendig erkannte größere Hilfe der Arbeitslosen nicht mal mehr 5 und 10 Pf. zahlen wolle. Wenn auf die Nebenbranchen verwiesen worden sei, so solle man doch einmal nachprüfen, daß gerade bei diesen die prozentualen Lohn erhöhungen gegenüber der Vorkriegszeit größer als bei der Buchbinderbranche seien. Auch wir müßten endlich erkennen, daß wir bessere Löhne nur zu erreichen vermögen, wenn wir hohe Beiträge zu zahlen bereit sind.

Bezüglich der Pflichtbeiträge spricht er sich dahin aus, daß wir diese früher oder später doch einführen müssen. Die Entwicklung in den anderen Gewerkschaften zeige uns deutlich genug diesen Weg. Man soll doch dabei bedenken, daß man für die tausenden Arbeitslosen und kranken Mitglieder Risiken tragen müsse und für diese auch einen kleinen Beitrag fordern dürfe. Der bisherige Zustand mit den Fremtarbeitern habe sich als unhaltbar erwiesen und werde man, wenn nicht heut, so doch auf dem nächsten Verbandstag bestimmt darin eine grundlegende Aenderung vornehmen müssen.

Herbert-Würtemberg wendet sich gegen den Antrag Laß auf Einführung einer VI. Beitragsklasse. Er unterstreicht die Meinung Oswalds, daß gerade die Mehrerbekner uns die größten Schwierigkeiten bei der erhöhten Beitragszahlung bereiten.

Mit Recht habe Oswald damit den guterbienenden Großstadtkollegen eine wohlverdiente Ohrfeige versetzt und andererseits den Provinzkollegen ein Lob gezollt. Denn auch jetzt haben beispielsweise Regensburg und Würzburg noch über die Vortage des Verbandsvorstandes hinaus eine größere Beitragserhöhung verlangt und für notwendig gehalten. Das zeigt doch, daß man in den kleineren Orten viel mehr als in den Großstädten die Notwendigkeiten für die Organisation erkennt. Er erinnert weiter daran, daß der Widerwille gegen höhere Beiträge der Propaganda eines graphischen Industrieverbandes gewiß nicht förderlich sei. Wir sollten uns zur Aufgabe machen, unsere Mitglieder ganz anders zu erziehen, als das bisher — besonders in einigen großen Zahlstellen — geschehen ist. Den Gutverdienern müsse man ganz besonders eindringlich vor Augen halten, daß sie diesen guten Verdienst doch gerade der Organisation erst zu verdanken haben und sie die letzten sein dürften, die sich vor höherer Beitragszahlung drücken.

Klingenschmidt-Eisenberg wendet sich zunächst gegen die hier ausgesprochene Meinung, daß er mit gebundenem Mandat hergekommen sei und gegen die Vortage des Verbandsvorstandes stimmen müsse. Redner geht dann ausführlich auf die Organisationsverhältnisse im Gau ein, die im allgemeinen ziemlich gut zu nennen sind. Nichtsdestoweniger sei die Beitragserhöhung bedenklich. Er stehe auf dem Standpunkt, daß man angesichts der ganzen Lage nicht jede weitere Beitragserhöhung verneinen kann. Dagegen solle man die Entscheidung über die Pflichtbeiträge dem kommenden Verbandstag überlassen.

Kollegin Krzymin, Verbandsvorstand, widerspricht der Behauptung, daß die Kolleginnen zu wenig Beiträge zahlen. Richtig sei, daß die Kolleginnen oft verhältnismäßig viel höhere Beiträge als die Kollegen entrichteten. An der behaupteten schlechten Beitragszahlung der Kolleginnen sei aber nicht zum wenigsten die geringe Entlohnung schuld. Sie bedauert, daß es die ganzen Jahre hindurch bei den Tarifverhandlungen niemals möglich gewesen sei, das prozentuale Verhältnis der Arbeiterentlohnung zu erhöhen, wenigstens sie anerkenne, daß unsere Unterhändler sich die redlichste Mühe dabei gaben. Auch

die überaus niedrigen Löhne der Jugendlichen müssen eine sehr erhebliche Erhöhung erfahren. Wenn man aber sagt, daß die Mitglieder wegen einer geringen Beitragserhöhung von uns gegangen sind, so dürfe man doch nicht vergessen, daß diese auch ohne die Beitragserhöhung bei einer ihnen passend erscheinenden Gelegenheit uns den Rücken gefehrt hätten. Wollen wir aber vorwärts kommen, dann müssen wir auch unsere Mitglieder zur höheren Beitragsleistung erziehen.

Harder, Verbandsvorstand, betont, daß der Vorstand bei der Beitragserhöhung nicht daran gedacht habe, dadurch die Verbandstasse zu stärken. Der ausgesprochene Zweck sei nur gewesen, den langfristigen Arbeitslosen mehr helfen zu können. Man dürfe diese nicht so lange Zeit ohne jede Unterstützung lassen. Es sei durchaus richtig, wenn auf die Gefahr hingewiesen worden ist, welche die langfristigen Arbeitslosen für die in Arbeit stehende Kollegenchaft bedeutet. Auch er vertritt nachdrücklich die Auffassung, daß die hier in Erscheinung getretene pessimistische Auffassung über die Folge einer eventl. Beitragserhöhung gar nicht gerechtfertigt sei. Das beweise die Geschichte unsers Verbandes deutlich genug. In Berlin sei die Situation immer sehr erheblich gewesen, daher will der Austritt von 200 Mitgliedern dort gar nichts befagen. Das beste Beispiel bietet Schlesien, wo in den letzten Jahren ständig ganz erheblich höhere Beiträge entrichtet worden sind, ohne daß damit die Agitation lahmgelegt wurde. Er empfiehlt daher den Verbandsrat eindringlich, der Vorlage des Vorstandes die Zustimmung zu geben.

Leßmann-Kreisfeld hält im Gegensatz zu den geäußerten Bedenken gegen die Beitragserhöhung diese Erhöhung noch für zu gering. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung müßten alle ohne weiteres anerkennen. Aber ihm ginge diese Vorlage noch gar nicht weit genug. Erkenne man aber die Notwendigkeit einer erweiterten Unterstützung an, dann müsse man selbstverständlich auch die notwendige Beitragserhöhung gutheißen.

Kollrich-Leipzig vertritt die Auffassung, daß die Vorlage des Verbandsvorstandes etwas verfrüht herausgekommen sei. Er meint, der Verbandsvorstand habe die Situation nicht richtig erfasst. Angesichts der kommenden Tarifverhandlungen und notwendigen Lohnerhöhungen hätte der Vorstand ebenso wie der Buchdruckerverband den Kampffonds unseres Verbandes für die kommenden Lohnkämpfe stärken müssen und beizeiten einen größeren Extrabeitrag aus schreiben sollen. In Leipzig stehe ein größerer Teil der Kollegenchaft auf dem Standpunkt, daß durch die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslosen nicht viel gebolten sei. Größeren Erfolg könne man sich eher dadurch versprechen, wenn die in den Betrieben stehenden Kollegen nicht so übertrieben „rammen“ und Liebertunten machen. Hier müßte man einsetzen, damit mehr Arbeitslose eingestellt werden könnten. Im weiteren widerspricht er der von Schweinitz vertretenen Auffassung, daß die lange Zeit Arbeitslosen als Lohndrücker zu fürchten seien. Er widerspricht auch der Auffassung Schabäders, daß die Leipziger Vertreter den Auftrag hätten, für die Vorlage des Vorstandes zu stimmen. Eine diesbezügliche Abstimmung sei nicht erfolgt. Er werde daher gegen die Vorlage stimmen.

Wienicke, Verbandsvorstand, tritt der von Kaulich vertretenen Auffassung scharf entgegen, daß wir infolge der jetzt vorhandenen Schlichtungsinstanzen kaum noch mit größeren Kämpfen rechnen können. Zu dieser irrtümlichen Auffassung kann Kaulich nur dadurch gekommen sein, weil wir zufällig im letzten Jahre die ergangenen Schiedssprüche annahmen. Das werde aber zweifellos nicht immer so bleiben und müssen wir daher auch selbstverständlich großen Kämpfen ins Auge fassen können. Es sei daher durchaus notwendig, auch für solche Kämpfe gerüstet dazuliegen. Heute drehe es sich aber nicht darum, die Verbandstasse zu stärken, sondern den Arbeitslosen mehr zu geben. Dieser Notwendigkeit dürfen wir uns ebensowenig verschließen und selbstverständlich auch die geringe Beitragserhöhung bewilligen. Er widerspricht entschieden der Auffassung, daß der Zeitpunkt für die Vorlage schlecht gewählt sei und legt uns des näheren auseinander, daß dieselbe gerade in diesem Augenblick sich als notwendig erwiesen hätte.

Sünnemann, Verbandsvorstand, spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Verbandsvorstand seit 30 Jahren denselben Kampf um die Erhöhung der Beiträge und Ausbau des Unterstützungsweffens führen müsse. Wenn hier gesagt worden sei, daß man gleich im Herbst mehr hätte fordern sollen, so vergißt man, daß man die weitergehenden Forderungen des Verbandsvorstandes damals abgelehnt hat. Die Vorlage des Verbandsvorstandes sei das allermindeste, was man heute fordern müsse und bitte er, derselben die Zustimmung geben zu wollen.

Krüger, Verbandsvorstand, beleuchtet die Verhältnisse in der Kartonnagenindustrie näher und verweist darauf, daß man auch dort sehr wohl in der Lage sei, diese geringe Beitragserhöhung zu zahlen. Wenn man aber in Werkstubenversammlungen sich hinstellt und den Mitgliedern erzählt, der Verbandsvorstand komme jetzt wieder mit einer Beitragserhöhung, dann sei es selbstverständlich, daß man den Widerstand groß ziehe. So sei man aber in Berlin verfahren. Niemand hat dort die Vorlage des Verbandsvorstandes verteidigt. Auch in der Berliner Generaterversammlung ist man in ähnlicher Weise verfahren. Wenn angeblich wegen dieser 5 und 10 Pf. die Mitglieder in der Kartonnagenindustrie uns den Rücken kehren werden, so müßten wir eigentlich mit unserem Mitgliederstande am besten gefastanden haben, als wir nur 20 Pf. Beitrag erhoben. Das Gegenteil sei aber der Fall.

Zierold-Annaberg geht auf die Goutkonferenz Sachsens näher ein und verteidigt deren ablehnende Stellung. Er würde manchem Großstadtmittgliebere raten, die Ferien mal im Erzgebirge zu verbringen, und die Verhältnisse dort kennenzulernen, dann würde er anders urteilen. Aus wohlerwogenen Gründen müsse er gegen die Vorlage des Vorstandes stimmen und bezweifle auch, daß es besser gewesen wäre, wenn der Verbandsvorstand im Herbst gleich das Doppelte gefordert hätte.

Lender geht dann in seinem Schlußwort auf die wichtigsten Einwände noch näher ein, widerlegt dieselben und empfiehlt eindringlich, sich der Verantwortung der schwierigen Lage der Arbeitslosen bewußt zu sein und der Vorlage des Vorstandes zuzustimmen. Bezüglich der mehrfach geäußerten Wünsche auf Verschiebung des Termins für den erhöhten Beitrag, Ausnahme der Lehrlingsklasse und anderen Kleinigkeiten sei der Vorstand zu einem Entgegenkommen gern bereit.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf die Vorlage des Verbandsvorstandes unter allgemeiner Spannung der Delegierten mit 20 gegen 12 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Kollegen Haase, Stephan, Oswald, Kollrich, Schuffenhauer, Zierold, Gläntin, Unterauf, Schmidt, Mitsche, Kaulich und Quas.

Hierauf wird die Vorlage einer Kommission überwiesen, die nach einer halbstündigen Beratung empfiehlt, die Vorlage ab 1. Mai in Kraft zu setzen und den Beitrag der Lehrlingsklasse in der bisherigen Höhe zu belassen. Da auch in der Unterstützungs-dauer der einzelnen Beitragsklassen noch verschiedene Änderungen durch die Kommission vorgenommen worden sind, entspinnt sich noch eine ziemlich lange und zum Teil leidenschaftlich geführte Debatte darüber.

In einer nochmaligen namentlichen Abstimmung wird dann die Kommissionsvorlage, soweit sie die abgeänderten Unterstützungssätze betrifft, mit 24 gegen 7 Stimmen abgelehnt, bei einer Stimmenthaltung. Dagegen werden die weiteren Vorschläge der Kommission, die Vorlage erst am 1. Mai in Kraft treten zu lassen, und die Lehrlingsklasse von der Beitragserhöhung auszunehmen, debattenlos genehmigt. Ebenso herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Nebergangsbemessungen diesmal ebenso wie das letzte Mal gehandhabt werden sollen, wie dieselben in Nr. 43 der „Buchbinder-Zeitung“ 1926 abgedruckt sind.

Bezüglich des Pflichtbeitrages entscheidet sich der Beirat dahin, daß man dem nächsten Verbandstag die Beschlussfassung überlassen soll.

Auf eine Anregung Brückners nimmt der Beirat dann noch zum Erlaß eines Arbeitszeitnotgesetzes und zur Erhöhung der Witwen- und Invalidenrenten

Stellung und stimmt dabei nachstehender Entschliebung einstimmig zu.

„Die am 12. und 13. März zu Berlin tagende Beiratsitzung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands nimmt Stellung zum Erlaß eines Arbeitszeitnotgesetzes, sowie eines Gesetzes zur Erhöhung der Witwen- und Invalidenrenten.“

Angesichts der immer mehr und mehr zuzugewandten Intensität der Arbeit und dem dadurch bedingten früheren Verbrauch der Arbeitskraft, angesichts der großen Erwerbslosigkeit, von der weite Kreise der Arbeiterschaft oft monatelang betroffen werden, fordert der Beirat von den gesetzgebenden Körperschaften die Durchführung eines Gesetzes, das restlos den Achtstundentag als Höchstleistungsvorriebt, sowie die Durchführung eines Gesetzes, das erheblich die Bezüge der Witwen und Arbeitsinvaliden erhöht.“

Hierauf nimmt Hauelsen das Schlußwort und dankt dem Beirat für seine Arbeit. Er betont, daß es manchem Beiratsmitgliede wohl außerordentlich schwer gefallen sei, diesen Beschluß zu fassen. Ebenso würde es wohl noch manchem schwer fallen, diese Beschlüsse draußen zu vertreten. Vom menschlichen Standpunkt aus sei das bis zu einem gewissen Grade durchaus begreiflich. Aber vom Stand des disziplinierten Gewerkschaftlers aus sei es Aufgabe und Pflicht aller Funktionäre, unbekümmert um ihre bisherige Einstellung nunmehr einmütig sich hinter diese Beschlüsse zu stellen und für deren Durchführung geschlossen einzutreten. Pflicht und Aufgabe aller unserer Funktionäre sei jetzt, in den nächsten Wochen sich ganz dafür einzusetzen, daß der hier gefasste Beschluß überall durchgeführt wird. Diese Aufgabe wird um so leichter fallen, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß es sich dabei nun nichts mehr und nichts weniger als um eine Solidaritätskundgebung gegenüber den Arbeitslosen handelt; also jener Kollegenchaft, die am schwersten von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise betroffen worden ist. Wer gewerkschaftlich fühlt und denkt, wird sich dieser Aufgabe nicht widerlegen können.

Mit einem feurigen Appell, in diesem Sinne zu wirken, schließt Hauelsen die Sitzung um 6 Uhr.

Historisches von der französischen und Schweizer Buchbinderkunst.

Kunst kommt von Können! Die Wahrheit dieses alten Sprichwortes zeigt sich besonders bei einer geschichtlichen Betrachtung der Kunst des Bucheinbandes der verschiedenen Völker. Die Vielseitigkeit der zum Buchschmuck im Laufe der Zeit herangezogenen Materialien nötigen zu hoher Achtung vor den Meistern der Technik dieses Faches. Aber neben den handwerklichen Fertigkeiten verdient auch recht erfreulich oft die künstlerische Note, die bei den verschiedenen Völkern immer wieder hervorragende Buchbinder zu betonen verstanden, aufrichtige Bewunderung. Die Freude an „schönen Buch“ ist international und erlebt überall immer wieder nach Lieberwindung unglücklicher Zeiten ihre Auferstehung. Aus der Geschichte der deutschen Buchbinderkunst ist besonders ein Handwerkerporträt aus dem Jahre 1617 instruktiv. Wir verdanken diesen Einblick in die Buchbinderwelt jener Tage dem Nürnberger Bürger M. Landauer, der im Jahre 1510 ein Heim für 12 Handwerker gestiftet hatte. Alle in diese Stiftung aufgenommenen Brüder sind einzeln porträtiert worden. Bis zum Jahre 1806 sind so 398 Ansichten des Heims, und zwar meist bei der Arbeit, abgebildet worden. Das eben erwähnte Buchbinderporträt zeigt den Meister bei seiner Arbeit und läßt deutlich die damals gebräuchlichen Buchbindergeräte und Werkzeuge, teils auf dem Arbeitstisch, teils an einem Seitentisch und schließlich noch auf einer Wandtafel mit Blättelbänken usw. erkennen.

Frankreich galt von jeher als das Land der Bücherfreunde. Daß dort auf Büchersammlungen schon frühzeitig großer Wert gelegt wurde, erklärt sich aus den kulturellen Verhältnissen dieses durch seine günstige geographische Lage an zwei Meeren gelegenen Landes. Der Wohlstand der Oberschichten des französischen Volkes war schon Ende des 15. Jahrhunderts bedeutend genug, daß Bibliophilen rühmlich bekannt wurden. In den Klöstern und großen

Flammenzeichen!

Die Tagespresse berichtet von ausgedehnten sozialen Kämpfen und man liest wieder von großen Streiks und Aussperrungen. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit hat in breiter Front begonnen. Die Beschlüsse des Bundesausschusses des ADGB. von Mitte Februar waren Norm- und Warnungszeichen zugleich.

Jetzt gilt es, eine ungesunde Entwicklung zu forrieren, eine Entwicklung, die auf der einen Seite eine Riesenarbeitslosigkeit als Dauerzustand zu erklären scheint und auf der anderen Seite den Unternehmungen ausreichende Verdienste, ja teilweise Riesengewinne in den Schoß wirft. Es ist gegenwärtig eine Arbeitslosenziffer von rund 3,5 Millionen Menschen festzustellen. Dazu treten die Kurzarbeiter. Ende Januar 1927 arbeiteten nach der Statistik der Gewerkschaften 6,8 v. H. der Arbeiter verkürzt. Rechnet man diese Kurzarbeit in Arbeitslosigkeit um, dann kommt man zu einem weiteren Leerlauf von 400 000 Personen. Der gesamte Leerlauf der deutschen Wirtschaft wird also beinahe vier Millionen Menschen betragen. Wie amtlich festgestellt wurde, entfallen auf jeden Erwerbstätigen im Durchschnitt 1,1 Familienmitglieder. Die Zahl der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personen beträgt mühen rund acht Millionen. Ein Achtel der gesamten deutschen Bevölkerung muß durch staatliche oder private Mittel unterhalten werden!

Nun die Rehrseite. Die Güterproduktion ist in Deutschland heute wenig geringer als in den letzten Vorkriegsjahren, teilweise geht sie weit darüber hinaus. Die Rationalisierung hat mithin zu guten Resultaten geführt. Die nicht geringen Gewinne der Industrie kommen weniger in der Ausschüttung hoher Dividende zum Ausdruck, dafür schwellen aber die Bankguthaben an. Hohe Abschreibungen und Reservestellungen sind an der Tagesordnung. Die ungeheuren flüssigen Mittel der Banken zeigen weiter, daß die Industrie ihre Gelder kaum unterzubringen vermag. Als Ganzes kann festgestellt werden, daß heute bereits mit namhaften Ueberschüssen gearbeitet wird.

Die Arbeiter und Angestellten müssen sich beeilen, wollen sie nicht zu kurz kommen. Deshalb geht jetzt eine Welle der Lohnkämpfe von großer Heftigkeit über das Land. Große Arbeitermassen sind es, die ihre Mehransprüche durch die Gewerkschaften anmelden lassen.

Wenn die deutschen Unternehmer auf das Prädikat „Wirtschaftsführer“ Anspruch erheben, müßten sie in der Lage sein, volkswirtschaftliche Notwendigkeiten klar zu erkennen. Die rasche Stärkung des Innenmarktes ist eine solche Notwendigkeit, und in stiller Stunde erkennen selbst ausgesprochene Scharfmacherorgane die Unterkonsumtion der deutschen Bevölkerung an. Dafür wollen wir die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ zitieren, die in ihrer Nummer vom 20. Februar u. a. folgendes schreibt:

„Man spricht immer von Ueberbevölkerung und Ueberproduktion. Es ist nicht wahr, daß wir in Deutschland zuviel Menschen und zuviel Güter hätten. . . . In Wirklichkeit hat Deutschland noch hinreichend Raum und auch hinreichende Lebensmöglichkeiten für weitere 20 Millionen, wenn wir uns nur richtig organisierten und einrichteten. . . . Das aber, was wir Ueberproduktion nennen, ist doch nichts weiter als Unterkonsumtion, denn wenn alle Deutschen kaufen und verbrauchen könnten, was sie, um menschenwürdig zu leben, kaufen und verbrauchen müßten, dann wäre die Ueberproduktion mit einem Schlage verschwunden und an deren Stelle wäre Mangel an Waren und stürmische Nachfrage nach Waren getreten. Dann wäre der innere Markt belebt, dann wäre die wirkliche, solide und dauernde Blüte unserer Wirtschaft — Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe — da.“

Flammenzeichen sind in Lande allenthalben sichtbar. Es geht um mehr Licht und Sonne, um mehr Brot und bessere Lebensmöglichkeiten. Es wird von der Einsicht der Unternehmer abhängen, ob diese Bewegungen ohne lange Arbeitseinstellungen geführt werden können, und die Arbeiterschaft hat zu beweisen, daß sie noch kämpfen kann.

Bibliotheken waren die schweren Folianten und die noch größeren Formate, mit Schweinsleder überzogen, mit metallenen Schließen und Eden ausgerüstet am Plage. Da es natürlich privaten Sammlungen nicht möglich war, so große Buchkolosse unterzubringen und aufzubewahren, bedeutete die Einführung kleinerer Formate durch die Druckerfamilie Aldus in Venetien einen großen Fortschritt. Dieser regte nicht allein die Lust zum Sammeln von Büchern an, sondern er war auch für die Buchbindertechnik wichtig. Jetzt wurde es dem Buchbinder möglich, den Einband zu einem wahren Kunstwerke zu entwickeln. Aus technischen Gründen kann ja der Buchbinder seinen Stempelmotiven nur eine beschränkt große Druckfläche geben, da er sonst nicht mehr in der Lage sein würde, die Stempel von Hand in das Leder einzupressen. Durch die Herabsetzung des Buchformats wurde also ein wesentlich günstigeres Verhältnis zwischen Buchdecke und Stempel gewonnen. Nun konnte der Buchbinder bequem die zu dekorierende Fläche beherrschen. Jetzt noch vorhandene Bücher aus den Sammlungen der beiden großen Bibliotheken Thomas Maioi und Joh. Grollier sind in dieser Hinsicht recht beweiskräftig. Die Gleichartigkeit dieser Einbände kann als Beweis dafür angesehen werden, daß diese beiden Bücherfreunde Buchbinder ausschließlich für ihre eigenen Bibliotheken beschäftigten. Das Gleiche ist von verschiedenen Herrschern Frankreichs nachgewiesen.

Die Handvergoldung, durch die nun die Bücher ganz besonders zu Sammelobjekten gemacht

wurden, ist nach den Forschungen von J. P. Smits aus Italien nach Frankreich gebracht worden. Die Buchbinder Maiois wie Grolliers verstanden es bald, den Buchdecken reiche Wirkungen zu geben. Weiß wurden verschlungen, mit Lackfarben bemalte Bänder angebracht, die die Goldkonturen vom Grundleder trennten. Die allzu offenen Zwischenräume wurden mit Ranken bildenden Linien und Stempelmotiven ausgefüllt. Als Einbandmaterial wurde viel naturfarbiges, namentlich goldbraunes Kalbleder verwendet; dieses bildete einen wirkungsvollen Hintergrund für die übrigen Farben. Als dann die hauptsächlich rot gefärbten Leder des Orients beliebt wurden, machte der farbige Dekor dem Golddruck Platz. Nun kam das Stempelmotiv zu seinem Recht. Infolgedessen schloß sich die Buchbinderzierkunst der typographischen Gestaltung des Buches an. Diese Entwicklung läßt sich fast durch alle folgenden Stilperioden bis zum Ende des Empire verfolgen. Die farbige Einbandverzierkunst wird Nebenache, die Golddekorations Hauptsache und durch immer wieder anders gestaltete Gruppierungen der Stempel reichhaltig ausgebildet.

Schneller als in anderen Ländern lebte nach einer kurzen Periode des Verfalls in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Buchbinderkunst in Frankreich wieder auf. Dieser Aufschwung erklärt sich aus der guten, handwerksmäßigen Tradition, die man in Frankreich Jahrhunderte hindurch kultiviert hatte und die nicht so schnell verloren gehen konnte. Zunächst suchte man gute alte Vorbilder, die ja in genügend großer Zahl vorhanden waren, nachzuahmen. Da

neben spielten Neuschöpfungen in alten Stilarten eine Rolle.

Ein neuer Impuls ging in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von England aus. Aber diese Belebung der Buchbinderkunst ist damals in Frankreich zum Teil recht merkwürdig verstanden worden. Es trat die Sucht auf, etwas ganz Neues, noch nie Dagewesenes zu schaffen. Die „modernen“ Franzosen dieser Richtung gingen so weit, bei der Verzierung die Vorder- und Rückseite mit dem Rücken zusammen als eine Fläche zu behandeln. So entstand ein Bucheinband, der einem Staffeleibilde glich. Landschaftliche und figürliche Szenen, wie auch naturalistische Blumenranken entwickelten sich lähn von der Vorderseite des Buches über den Rücken zur Rückseite. Geirreue Nachahmung aller Farbenabstufungen in peinlich ausgeführtem Lederstoff war die Parole. Man führte die Konturen entweder in Gold oder in Blinddrucktechnik aus. Spöttlich charakterisiert Smits diese Periode der französischen Buchbinderkunst. „Was man auch immer den Herstellern dieser Einbände vorhalten kann, das eine Gute haben sie doch gebracht: man ist durch ihre Arbeiten erst so recht zu einem klaren Begriff gekommen, was unter einem gutgebundenen Buch zu verstehen ist.“ Andererseits ist zu bedenken, daß die französische Buchbinderkunst vor der allgemeinen Beschreitung des Romanges dadurch bewahrt blieb, daß die Mehrzahl der Meister bei den alten Traditionen verblieb.

Für die neuzeitliche französische Buchbinderkunst hat dann merkwürdigerweise der aus der Ostschweiz stammende J. Wecsfesser viel getan. Wecsfessers Leistungen erinnern oft an die Arbeiten der Privatbuchbinder der früheren französischen Herrscher und Bibliophilen. Dieser in Brüssel lebende Buchbinder pflegte enge Beziehungen zu Paris und entwickelte große Vorliebe für französische Kunst. Dabei sind bei Wecsfesser zwei verschiedene Arten der Dekorverzierung zu unterscheiden: einmal folgt er allen französischen Ueberlieferungen und ahmt, wenn auch nicht slavisch, so doch in freier Weise irgendeine französische Stilperiode nach. Aber Wecsfesser erschaut auch persönliche, indem er in seiner Buchbinderkunst eigene Wege zu gehen sucht. Seine Entwürfe beweisen gutes Studium namentlich der Pflanzenwelt. Die Pflanzenmotive werden von ihm nach dem Pariser Geschmack verarbeitet, indem er sie nur wenig stilisiert, aber einen wilden Naturalismus glücklich zu vermeiden weiß. Vielen seiner Entwürfe liegt ein geometrisch eingeteiltes Bandornament zugrunde. Dazwischen treiben mehr naturalistisch gehaltene Ornamente ihr freies Spiel.

Sind bei diesem Buchbinder gelegentlich die äußeren Seiten des Buches nicht verziert, hat er dann die inneren Deckseiten um so reicher behandelt. Die von Wecsfesser verwendete Technik ist meist Lederarbeit, wozu er besonders das grobnarbige ostafrikanische Ziegenleder — Saffian oder Maroquin — benutzt. Das Material ist ausgezeichnet verarbeitet und so geschärft, daß es sich nach dem Deckrand verjüngt und eine kissenartige Oberfläche aufweist. Dieser Fachmann ließ dem Leder selten etwas groben Naturzustand, sondern er drückte die grobe Narbung nach Anfeuchten mit einem Glätzahn oder Glätzkolben nieder. Das Leder bekommt dadurch eine glatte, etwas polierte Oberfläche, die die helle Lederung wirksam erscheinen läßt. Die Auslage, ebenfalls in grobem, sehr dünn ausgeschärftem Saffianleder, zeigt mit dem Grundleder eine tadellose Ebene. Für die Blumen- und Blattornamente werden besondere Stempel geschnitten, die oft nur für einen Band verwendet wurden.

Eine weitere Eigenart dieser Technik, die mit den französischen Buchbindern gemeinsam geübt wird, ist folgende: Die koloristisch gut zusammengestellten Auflegen von Bandwert, Blumen- und Blattmotiven werden oft mit Blinddrucklinien konturiert. Gelegentlich wird auch schwarze Glanzfarbe benutzt. Goldkonturen werden da verwendet, wo die Verzierung auf der inneren Deckseite liegt. Als Vorkauf ist meist ein gut passender Seidenstoff benutzt, mitunter auch ein extra gefertigtes farbiges Papier. Die Heftung ist meist auf eingestakte Bünde. Dadurch kann den falschen Bänden jede beliebige Form und Platzierung gegeben werden. Das Kapital ist von Hand umflochten und nur der obere Schnitt vergoldet. Im ganzen stellt Smits fest, daß sich diese Bandkunst gut an die typographische Ausstattung der ostschweizer

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 12. Wochenbeitrag für 1927 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

baren Ausgaben der französischen bibliophilen Verleger und Vereine anpaßt.

Die Arbeiten des französischen Buchbinders Meunier weisen dagegen ein wesentlich anderes Genre auf. Dieser Meister macht aus dem Buchdeckel einen Rahmen für Lederarbeiten. Hierzu wird längs der Deckkante ein nach dem äußeren Rand schräg geschnittener, ungefähr zwei Zentimeter breiter Rahmen aus Karton aufgelegt. Nun wird das Leder über den so vorbereiteten Deckel gezogen und in die geschaffene Vertiefung eingedrückt. Der Lederschnitt ist vorher fertiggestellt und kann jetzt in diese Vertiefung genau eingelassen und eingeklebt werden. Allerdings sagt unser Gewährsmann über die Wirkung dieser Einbände: „Man kann mit aller Bewunderung für die farbig gut gebeiteten, aber sehr naturstofflich gehaltenen Lederschnitte sich des Eindrucks nicht erwehren, eine etwas dilettantische Kunst vor sich zu haben.“ Die Bünde verwendet Meunier in zwei Baarten, und zwar so, daß er die gebräuchliche Einteilung mit fünf Bünden unter Auslassung des mittleren bemittelt. Während für den Einband großformatiges, geglättetes Saffianleder in Frage kommt, benutzt Meunier für den Lederschnitt dickes Kalbleder. Wichtig ist die Feststellung, daß die kostbaren französischen Einbände auch nach jeder Hinsicht wertvolle Bücher zu schätzen haben. (Schluß folgt.)

Die Herstellung von Sprungrücken.

Ohne Zweifel finden die in Nr. 50 vorigen Jahres und Nr. 4 dieses Jahres von den Kollegen F. H. und F. D. beschriebenen Verfahren in kleineren und mittleren Betrieben am häufigsten Anwendung. Der Vollständigkeit halber sei auch ein ebenso altes Verfahren in Erinnerung gebracht, bei dem die Sprungrücken gewickelt werden. Diese Methode fand früher, besonders bei dickelbigen Büchern, in manchen Geschäftsbüchereien an Stelle der Kaschiermethode Anwendung, sie wurde aber, seit dem die Sprungrücken maschinell hergestellt werden können, verworfen. In der kleineren Werkstatt dürfte sich auch der gewickelte Sprungrücken noch nicht überlebt haben, da die Festigkeit gegenüber den kaschierten Sprungrücken kaum etwas zu wünschen übrig läßt. Letzterer wird folgenderweise hergestellt. Eine Schrenzeinlage wird in ihrer Länge reichlich und in der Breite so geschnitten, daß sie die genaue Rückenbreite des Buches aufweist. Dann wird ein oberflächlich abgemessener Bogen gutes Bücherpapier (Viniatur-Maturlatur) der Länge der Schrenzeinlage entsprechend auf seiner ganzen Fläche mit Leim angelimert und um die inzwischen gerundete Einlage herumgewickelt, bis die entsprechende Rückenstärke samt einem überstehenden Falz erreicht ist. Der Schluß der Klebung wird nach innen verlegt. Der so gewickelte Rücken wird dann im Rundholz nachgerundet und innen so mit Leinen gefüttert, daß das Liederstecken in je einer Breite von etwa 3 bis 4 Zentimeter zum Anmachen bzw. zum Herumziehen des Rückens benutzt werden kann. Das Abschneiden des angemachten Mittelrückens erfolgt wie sonst vor dem Ueberziehen des Buches. Da ein solcher Sprungrücken eine gleichmäßige Dicke aufweist, unterscheidet er sich im Aussehen von denen, die mit Schrenzstreifen in abgestuften Breiten kaschiert wurden. Allerdings, ein so scharf abgegrenzter und scharfkantiger Rückenpalz wird bei dieser Methode nicht erzielt, denn durch das Wickeln bekommt die Längsrückente eine mehr ründliche Form. Die Liederfelder werden wie sonst eingeschnitten und ausgehäkelt. Zu den maschinell hergestellten Sprungrücken, die demnächst besprochen werden sollen, sei bemerkt, daß deren Vorteile, neben den Erparnissen an Zeitaufwand, unter anderem darin bestehen, daß sie, weil sie loszichtig gearbeitet werden, eine stark wirkende Federkraft besitzen und ein glattes Aufschlagen des Buches selbst in dessen Mitte ermöglichen F. R.

Verarbeitung von Zelluloid bei der Herstellung von Plakaten mit Blecheinlage.

Bei derartigen Plakaten wird die Decke nicht aufgeklebt, sondern nur gespannt, so daß der Fall durch den Einschlag erreicht wird. Da Zelluloid an den Ecken nicht eingekippt werden kann, wie wir es bei Buchdeckeln gewöhnt sind, müssen die Ecken so abgeschnitten werden, daß der Einschlag auf der Rückseite rahmenartig zusammengestoßen werden kann. Wenn das Zelluloid beim Umbiegen die Reibung zum Brechen zeigt, dann kann diesem Uebelstand, vorausgesetzt, daß dies nicht an der Qualität liegt, durch Anwärmen des Zelluloides begegnet werden. Der Einschlag des Zelluloidstückes wird vor dem Spannen auf einer heißen Eisenplatte, mit Hilfe einer Schablone vorgeboren.

Manche Zelluloidarten können ohne weiteres auf einer Schneidemaschine geschnitten werden, doch es aber auf lauberen Schnitt an, dann ist es manchmal erforderlich, die Zelluloidtafeln auf einer Schneidemaschine mit erwärmtem Tisch zu schneiden. Die Firma Karl Krause, Leipzig, baut Schneidemaschinen für diese Zwecke mit Heizvorrichtung, die sich in Spezialbetrieben gut bewährt haben. F. R.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbsfähigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Eheverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Schmutzlecke an Druckerzeugnissen.

Nach Fertigstellung besserer Druckfachen aus Kunstpapier, Eisenblech oder sonst empfindlicher Papierarten, nimmt man nicht selten Fingergriffe wahr. Sie rühren vielfach von Schweißhänden her, und solche Flecke kann man weder wegradieren, noch sonstwie wegbringen. Um diesem Uebel zu begegnen, sollte man einige Kästchen mit Tackum (auch Federweiß oder Spedstein genannt) anfüllen, einen Wattebausch dazu legen und an jeden Arbeitsplatz zur fleißigen Benutzung aufstellen. Bei Verarbeitung empfindlicher Papierarten und frischer Drücke werden von Zeit zu Zeit die Hände mit Tackum eingerieben. Wo diese Maßnahme eingeführt ist, wird dem Uebel des Beschmutzens wirksam begegnet. Wenn beim Druck durch die Anlegerin die Kanten der bereits beschnittenen Altbüchendrücke beschmutzt wurden, dann wird der Schnitt nach dem Aufstoßen und Einpressen der Drücke mit Fischweiss (in jeder Drogerie erhältlich) abgerieben. Mit diesem Mittel ist das Säubern der beschmutzten Schnittflächen wesentlich leichter und besser zu bewerkstelligen als mit Hilfe eines Radiergummis. Eingepreßt können die Drücke natürlich nur dann werden, wenn die Druckfarben vollkommen trocken geworden sind. F. R.

Berichte.

Heilbronn. Am 27. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Besuch hatte ein besserer sein dürfen, der Verlauf war ein harmonischer. Kollege Kleintnecht gab den Geschäftsbereich. Sitzungen und Versammlungen wurden 68 abgehalten, Klagen vor dem Gewerbegericht hatten wir im ganzen Jahre keine, Tarifstreitigkeiten und Entlassungen wurden durch Verhandlungen erledigt. An Aufklärung der Mitglieder und der Unorganisierten hat es nicht gefehlt, wurden doch außer der Werbeweche 9000 Flugblätter vor den Betrieben zur Verteilung gebracht. Unsere Hausagitation hat in keiner Weise befriedigt, zur Verfügung hat sich außer der Ortsverwaltung nur ein einziges Mitglied gestellt. Wir hoffen, daß das bei der jetzt kommenden Agitation besser wird. Durch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wurden natürlich auch die Kassenerhältnisse stark in Mitleidenschaft gezogen und der Mitgliederverlust hätte vermieden werden können, wenn alle Mitglieder der Organisation gegenüber ihre Pflicht getan hätten. Der Kassenericht lag vervollständig vor, er zeigte, daß

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht vernachlässigt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

auch in der Lokalkasse ein Rückzug vorhanden war. Dieser hätte kleiner sein können, wenn alle Mitglieder in der richtigen Beitragsklasse steuern würden. Verluste der Lokalkasse sind auch entstanden durch den Konkurs der Elektriker-Gesellschaft. Unsere Lehrlingsabteilung soll ebenfalls ausgebaut werden. Das Zusammenarbeiten in der Ortsverwaltung war ein gutes und wir hoffen, daß es im Jahre 1927 vorwärts und aufwärts geht.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Glöckel, Grün, Reuschle, Reiner und Kollegin Leucht. Sämtliche Redner gingen auf Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Rationalisierung ein mit der Mahnung, die Organisation auszubauen und mitzuarbeiten, damit durch gemeinsame Organisationsarbeit nicht nur der Mitgliederverlust wieder wett gemacht wird, sondern im nächsten Jahre von einem Aufstieg berichtet werden kann. Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wieder- und für den auscheidenden Kollegen Rübter die Kollegin Leucht gewählt.

Eine große Aussprache wurde über die Erhöhung des Beitrages geführt. Es wurde beantragt, daß der VB. trotz mahnender Stimmen doch eine Beitragsanhebung einberufen hat. Die Unkosten für diese hätte man besser den Arbeitslosen zukommen lassen sollen. Kollege Diem verlangte einen Protest gegen den Verbandsvorstand wegen der Einberufung des Beirates. Kleintnecht stellte richtig, daß es Sache des Verbandsvorstandes sei, bei wichtigen Fragen den Beirat zu berufen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen mit dem Wunsch, im kommenden Jahre mehr wie bisher für die Organisation tätig zu sein. Man ging dann zum gemächlichen Teil über, der in Form von musikalischer Unterhaltung und besonders durch gesungene Darbietungen die Mitglieder noch einige Stunden besaßen hielt.

Kottbus. Die Zahlstelle hielt am 6. März eine gut besuchte Monatsversammlung ab, in der die Erweiterung des Volkshauses bekanntgegeben wurde. Es muß natürlich Aufgabe der Mitglieder sein, für die Kostenbedarfe Sorge zu tragen und jeder seinen Obolus dazu geben. Hauptpunkt der Versammlung war die Stellungnahme zur Beitragserhöhung. Durch den Vorsitzenden wurde auf die Not der Arbeitslosen hingewiesen und klargestellt, daß die Arbeitslosen einer ganz besonderen Unterstützung bedürfen. Die Diskussion ergab eine nicht ganz ablehnende Einstellung, doch darf diese Erhöhung der Beiträge nicht zum Prinzip gemacht werden. Kollege Gräß als Verbandsbeiratsmitglied konnte feststellen, daß die Kollegschaft bereit ist, die Mittel unter Umständen aufzubringen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Frage der Verwaltung aufgerollt; vorläufig soll es dabei bleiben, daß Vorfuß und Kasse vom Kollegen Gräß geführt wird. Kollege Kanster appellierte an die Belegschaft der Firma D. E. C. und machte ihr klar, daß es unbedingt notwendig ist, daß sich die Belegschaft recht regen an der bevorstehenden Betriebsratswahl beteiligt. Der geschäftliche Teil war hiermit erledigt, und man konnte zu dem festlichen Teil übergehen, und zwar zu dem Jubiläum des Kollegen Kusch, der 25 Jahre dem Verbands die Treue gehalten hat. Gauweiler Kemler ehrte in würdigen Worten den Jubilar und übermittelte ihm die herzlichsten Glückwünsche des Gaus und des VB. und überreichte ihm die Ehrenurkunde. Für die Zahlstelle beglückwünschte Kollege Gräß den Jubilar und hegte die Hoffnung, daß die jüngeren auch einmal auf ein Jubiläum im Verbands zurückblicken können. Einige Stunden musikalischer Unterhaltung beendeten die Feier.

Inhaltsverzeichnis.

Schlebspruch für die „Apl“-Betriebe.
Entscheidungen zu unseren Reichstiftungsverträgen: „Apl“-Vertrag. — VDB-Vertrag.
Unsere 11. Beitragsagung.
Historisches von der französischen und Schweizer Buchbinderkunst.
Flammenzeichen!
Die Herstellung von Sprungrücken.
Verarbeitung von Zelluloid bei der Herstellung von Plakaten mit Blecheinlage.
Schmutzlecke an Druckerzeugnissen.
Berichte: Heilbronn. — Kottbus.